

# »Brexit« und retour

## Zu Lust und Risiken des Kapitalverkehrs

*Lucas Zeise*

---

Offene britische Immobilienfonds im Wert von 15 Milliarden Pfund hatten bis Mittwoch ihre Auszahlungen »eingefroren«. Das heißt, die Anleger können ihre Guthaben nicht mehr jederzeit zurückholen. Der Zweck eines »offenen« Fonds besteht für den Anleger gerade darin, über sein eingezahltes Geld jederzeit wie bei einem Girokonto verfügen zu können. Die Manager schließen sie in diesen Tagen nicht einfach aus Jux. Ihr Problem ist es, dass so viele Anleger ihr Geld zurückverlangen, dass jetzt – oder sehr bald – nichts mehr da ist. Und die Immobilien im Eigentum der Anlagegesellschaften können nicht schnell versilbert werden. Die Fonds sind also Opfer ihrer Strategie, jederzeit verfügbares Geld langfristig anzulegen.

Die Anleger fliehen, weil sie die begründete Furcht haben, dass die Preise für Wohn- und Gewerbeimmobilien in Britannien fallen werden. Nach der Finanzkrise 2007/08 hatten sich die Immobilienpreise auf der Insel, besonders aber in London, wieder rasch erholt. Die konservative Regierung David Camerons tat alles, um den Boom zu fördern. Sie senkte die Steuern auf Grundstücke, auf ihren Erwerb, sie senkte sie für Immobilienmakler und für Ausländer, die ein Schmuckstück auf der Insel erwerben wollten. Das tat dem Finanzplatz London wohl, förderte die Reichen und Superreichen, trieb, wie erwünscht, die Preise nach oben und begünstigte auch einen Teil des Kleinbürgertums, von dem manche durch den Verkauf eines vor Jahrzehnten gebauten kümmerlichen Reihenhauses zu Millionären wurden. Die Wirtschaft des ganzen Landes lief etwas besser als anderswo in Europa. Das hereinströmende Geld ermöglichte es dem Land scheinbar mühelos, mehr zu importieren als zu exportieren. Aber die Tory-Regierung hielt die kleinen Leute natürlich klein, erhöhte die Umsatzsteuer, kürzte konsequent das Sozialbudget und die Investitionen in Infrastruktur.

Das Referendum zum Austritt aus der EU hat den rasanten Anstieg der Immobilienpreise endlich beendet. Denn Großinvestoren aus aller Welt kalkulieren, dass sich von nun an weniger Banken und Konzerne in London ansiedeln, um von dort aus ihre Geschäfte in der EU zu machen. 87 Prozent der Beschäftigten, die von

US-Banken in die EU geschickt werden, hatten bisher ihren Arbeitsplatz im Vereinigten Königreich, schreibt die Nachrichtenagentur *Bloomberg*. Jetzt drohen nicht nur die Immobilienpreise zu fallen. Das Pfund rutscht bereits ab und hat zum Dollar ein Niveau erreicht wie seit Mitte der 1980er Jahre nicht mehr. Der Geldstrom aus dem Ausland stockt und droht in die andere Richtung zu laufen. Die Finanzmärkte grummeln. Noch suchen sie – aus den Reihen der Tories – eine Person, die den aufmüpfigen Briten erklärt, wie man diese Kuh wieder vom Eis kriegt. James Dimon, Chef der seit der letzten Finanzkrise größten Bank der USA (und der Welt), sagte bei einem Besuch in London ganz nonchalant: »Es gibt eine Lösung für alle Probleme, wenn man die richtigen Leute im Zimmer versammelt hat. Vielleicht kann man die ›Brexit‹-Entscheidung einfach wieder umdrehen.« So wird es wohl kommen.

---

<http://www.jungewelt.de/2016/07-09/042.php>